

## Kapitel

**Initiator\*innen:** DIE LINKE RLP - Landesvorstand (beschlossen am: 23.06.2020)

**Titel:** DIE LINKE: Solidarität ist die Antwort

### Text

1 Rot-Gelb-Grün hat abgewirtschaftet: Schon vor der Corona-Pandemie hat die  
2 Landesregierung nur noch schlecht verwaltet, anstatt überzeugend zu gestalten:  
3 Trotz langanhaltendem Aufschwung waren die meisten Langzeitarbeitssuchenden auch  
4 Anfang 2020 immer noch arbeitssuchend. Von den wirtschaftlichen Folgen der  
5 Eindämmung der Corona-Infektion sind vor allem solche Menschen betroffen, die  
6 ohnehin nicht über Reichtümer verfügen: Die Arbeitslosigkeit ist um rund 20  
7 Prozent gestiegen, Kurzarbeit und Unterbeschäftigung sind explodiert, kleine  
8 Unternehmen und Soloselbständige mussten extreme Einnahmeverluste hinnehmen.  
9 Die Landesregierung hat kaum eigenes Geld in die Hand genommen, um die  
10 Wirtschaft und die Menschen zu unterstützen – und wenn, waren vor allem  
11 Großunternehmen die Nutznießer. Die Firmen haben dieses Geld ohne Auflagen wie  
12 Beschäftigungsgarantien, Einhaltung des Tarif- und Mindestlohns und wegweisende  
13 ökologische Auflagen erhalten. Die Beschäftigten haben davon nur sehr wenig  
14 profitiert, wer die Arbeit verloren hat oder mit Kurzarbeitergeld auskommen  
15 musste, hatte aus Mainz gar nichts zu erwarten. Die sozialen Folgen dieser Krise  
16 sind nicht in ein paar Monaten zu ändern – aber jetzt müssen die Weichen  
17 gestellt werden, damit eine soziale und ökologische Wende möglich wird.

18 Doch stattdessen sollen nun die die Kosten der Krise tragen, die von ihr am  
19 schlimmsten gebeutelt worden sind – und nicht die, die davon profitieren.  
20 Anstatt endlich eine nennenswerte und gerechte Vermögensabgabe und  
21 Erbschaftssteuer einzuführen, wird in der CDU die Absenkung des Mindestlohns  
22 diskutiert. Und die Landesregierung unternimmt auch im Bundesrat nichts, um die  
23 dramatischen sozialen Folgen der Krise zu mildern und für ein  
24 Investitionsprogramm in das Gesundheitswesen, den Bau von bezahlbaren Wohnungen,

25 die Verkehrs- und Informationsinfrastruktur, das Bildungswesen und die Kultur zu  
26 sorgen.

27 Hinzu kommt die schon lange bestehende und auch in Zeiten des Aufschwungs nicht  
28 kleiner werdende Kluft zwischen Arm und Reich: Der Geldbeutel der Eltern  
29 entscheidet nach wie vor darüber, ob ein Kind studiert oder ohne Schulabschluss  
30 starten muss. In den Kitas wird der gesetzliche Anspruch auf einen Platz längst  
31 nicht überall erfüllt und oft sind die geforderte Betreuung und Bildung nur  
32 eine Verwahrung. Armut verfestigt sich, der Graben zwischen Armen und  
33 Mittelstand wird immer tiefer und unüberwindlicher. Während die Einkommen und  
34 Vermögen der Millionäre weiter überdurchschnittlich wachsen, muss sich die  
35 große Mehrheit wieder vor Krankheit und Alter fürchten.

36 Rheinland-Pfalz hat immer noch die ärmsten Kommunen, die Landesregierung  
37 weigert sich beharrlich, Städte und Kreise ausreichend zu finanzieren: Nicht  
38 einmal die kommunalen Kosten für die Bekämpfung der Corona-Pandemie will die  
39 Landesregierung vollständig übernehmen, sie bleiben an den ohnehin klammen  
40 Kommunen hängen. Gleichzeitig erklärt die Landesregierung den Öffentlichen  
41 Personennahverkehr zur kommunalen Pflichtaufgabe und verweigert auch hier  
42 irgendeine zusätzliche Finanzierung: Sportstätten, Schwimmbäder, Büchereien,  
43 Stadtranderholung, Jugendbetreuung und viele Beratungsstellen und die  
44 Frauenhäuser stehen deshalb genau wie die Kultur bei den anstehenden  
45 Haushaltsberatungen in Städten und Kreisen auf der Streichliste ganz oben.

46 Wohnen wird in den Ballungsgebieten zunehmend unbezahlbar, auf dem Land sind  
47 kleinere Wohnungen für Singles zu reinem Wunschdenken geworden. Immer mehr  
48 Rentner\*innen müssen nach jahrzehntelanger Arbeit Angst vor einem Lebensabend  
49 an der Armutsgrenze haben, Alleinerziehende geraten bei der Wohnungs- und  
50 Arbeitssuche, beim Einkommen und der Alterssicherung unter die Räder – und  
51 mit ihnen ihre Kinder. Landauf landab stehen Kliniken vor dem Aus,  
52 Geburtshilfeabteilungen schließen reihenweise, der Ärztemangel auf dem Land  
53 ist vielerorts Realität: Ohne Auto sind Fachärzte kaum noch zu erreichen.

54 Die Liste lässt sich fast beliebig fortsetzen: Wirksame Schritte gegen den  
55 Klimawandel werden erst verschleppt und dann die Kosten gerade denen  
56 aufgebürdet, die außer minimaler Hilfe in Notlagen oder dem jährlichen  
57 Steuerbescheid sowieso nichts mehr von ihrem Staat erwarten. Wer Autofahren für  
58 alle teurer macht ohne echte Alternativen anzubieten, bestraft diejenigen, die  
59 täglich zur Arbeit fahren müssen und ohne Auto keine Möglichkeit dazu  
60 hätten. Und gleichzeitig lässt er diejenigen fast ungeschoren, die mit  
61 großkalibrigen Karossen, drei Fernreisen im Jahr und 300 Quadratmetern  
62 Wohnfläche einen viel größeren ökologischen Fußabdruck hinterlassen.

63 Die soziale Spaltung und das Gefühl, abgehängt zu werden, erfassen breite  
64 Bevölkerungsschichten. Das stärkt Rechtspopulisten. Und deren Propaganda, ihre  
65 Hassreden und Fakenews ermutigen Einzelne und Gruppen, Gewalt anzuwenden. Wer  
66 Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und -terror den Boden entziehen will, muss  
67 Antworten auf die soziale Frage finden, muss der AfD und ihrer Hetze  
68 entschlossen entgegentreten, Appelle und hohle Phrasen reichen nicht aus.

69 Rheinland-Pfalz braucht eine neue soziale Idee! DIE LINKE steht für soziale  
70 Gerechtigkeit und Chancengleichheit, mehr direkte Demokratie, für ein gerechtes  
71 Bildungssystem und Arbeit, von der man leben kann. DIE LINKE will den  
72 Kapitalismus, er mit seinem Wachstumswahn die Ressourcen der Erde immer rascher  
73 verschlingt und die Interessen der großen Mehrheit der Menschen nicht  
74 berücksichtigt, abschaffen. Und zwar mit demokratischen Mitteln. Dafür wollen  
75 wir möglichst viele Menschen überzeugen, dass eine gerechtere, ökologischere  
76 und friedlichere Welt möglich ist und dass sie mit demokratischer Politik  
77 erreichbar ist: Deswegen machen wir konkrete Vorschläge, was unsere Fraktion im  
78 Landtag von Rheinland-Pfalz bewegen will.

79 Für kostenlose Busse und Bahnen

80 Mobilität muss für alle möglich sein und ist ein Baustein für ein besseres  
81 Klima. Für uns ist der kostenlose ÖPNV ein Muss und die bessere Anbindung von  
82 Stadt-Land ist für uns der nächste Schritt zu einer sozialen und ökologischen  
83 Verkehrswende in Rheinland-Pfalz

84 Für den rheinland-pfälzischen Mietendeckel

85 Wohnen ist Menschenrecht, da gibt es für uns keine Debatten. Spekulation,  
86 Mietwucher und Leerstand müssen ein Ende haben: Wir brauchen mehr bezahlbare  
87 Wohnungen.

88 Für die demokratische Kontrolle systemrelevanter Bereiche

89 Die Versorgung der Bürger\*innen muss an vorderster Stelle stehen. In der Krise  
90 haben wir gesehen, was der Markt mit Gesundheit, Pflege und vielen anderen  
91 Bereichen der Daseinsvorsorge gemacht hat. Öffentliche und demokratische  
92 Kontrolle bedeutet Versorgungssicherheit.

93 Für zukunftsfähige Arbeitsplätze

94 Das Flächen- und Pendlerland Rheinland-Pfalz muss mehr für zukunftssichere

95 Arbeitsplätze tun. Gut bezahlt versteht sich. Der Mindestlohn bei Vergaben muss  
96 auf mindestens 12 Euro steigen, wir wollen Zukunftsland werden, anstatt fast  
97 ausschließlich auf Tourismus zu setzen.

98 Für den Abzug des Militärs

99 Ein friedliches Rheinland-Pfalz ist für uns nicht verhandelbar. Wir wollen  
100 Konversionsprogramme, die den Regionen Ausstiegsmöglichkeiten bieten, damit  
101 Drohnenstützpunkte und Atombomben endlich Geschichte werden.

102 Für „Eine für Alle“

103 Wir wollen Chancengleichheit in der Bildung endlich umsetzen und den  
104 Flickenteppich beseitigen. Wir halten an der Gemeinschaftsschule und kleinen  
105 Schulen auch im ländlichen Raum fest, damit Bildungserfolg und Chancen, gute  
106 Arbeit zu finden, nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

107 Unser Land – lebenswert für alle!